

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 24.11.2018

Von Wiebke Diehl  
25.11.2018

## Ringen um Frieden

*Saudi-Arabien und seine Partner zeigen wenig Interesse, den Krieg im Jemen zu beenden. Schwierige Vermittlung der Vereinten Nationen*



*Im Jemen sind Millionen Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen (Hodeida, 13. November)*

Foto: Abduljabbar Zeyad/REUTERS/File Photo

Am Mittwoch ist der UN-Sondergesandte für den Jemen, Martin Griffith, zur Sondierung der Konditionen für Friedensgespräche in dem Land an der Südspitze der Arabischen Halbinsel eingetroffen. Seit März 2015 führt ein von Saudi-Arabien angeführtes Militärbündnis im Jemen Krieg gegen die Ansarollah – deren Kämpfer im Westen meist »Huthis« genannt werden – und für die international anerkannte, im Land aber kaum verankerte und seit 2014 nicht mehr legitimierte jemenitische Regierung von Abed Rabbo Mansur Hadi. Und es geht Riad darum, den eigenen Einfluss zu konsolidieren.

Am Montag hatten zunächst die Ansarollah und dann auch die Regierung Hadi ihre Bereitschaft zu einem Waffenstillstand und Gesprächen signalisiert. Schon kurz nach Inkrafttreten war die Feuerpause jedoch durch neuerliche saudische Angriffe auf die umkämpfte und strategisch bedeutende Hafenstadt Hodeida gebrochen worden. Die Lage in Hodeida soll ebenfalls Gegenstand der aktuellen, von Griffith geführten Gespräche sein. Eine größere Aufmerksamkeit westlicher Politik und Medienberichterstattung hat der Jemen bis heute kaum erlangen können – obwohl mehr als drei Viertel der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sind und laut Angaben der Vereinten Nationen 14 Millionen der Hungertod droht. Nach Informationen von Save the Children sind bereits 85.000 Kinder verhungert und ungezählte bei Kampfhandlungen getötet worden. Das »Armed Conflict Location and Event Data Project« schätzt, dass seit 2015 allein bei militärischen Angriffen an die 60.000 Menschen getötet wurden.

Erst der Mord an dem saudiarabischen Journalisten Dschamal Chaschukdschi hat dem Image Riads massiven Schaden zugefügt und die Regierungen der lukrative Geschäfte mit der Monarchie machenden westlichen Industrienationen unter Handlungsdruck gesetzt. Die Bundesregierung, die 2018 noch die Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien um fast zwei Drittel erhöht hat, verhängte plötzlich ein Moratorium. US-Verteidigungsminister James Mattis und sein Kollege im Außenministerium, Michael Pompeo, forderten Ende Oktober einen Waffenstillstand und Friedensgespräche binnen 30 Tagen – nicht ohne die Bringschuld für ein Einstellen der Kampfhandlungen in gewohnter Manier zuverderst bei den Ansarollah zu verorten. Die britische Regierung, genau wie Washington aktive Unterstützerpartei der Militärkoalition, brachte gar Anfang der Woche einen Resolutionsentwurf in den UN-Sicherheitsrat ein, in dem ein sofortiger Stopp des Krieges gefordert wurde. Trotzdem startete das saudisch geführte Bündnis eine Großoffensive auf Hodeida, über das ein Großteil der benötigten Lebensmittel und des Treibstoffs in das Land eingeführt werden. Dafür zog es nach eigenen Angaben 30.000 Soldaten sowie Söldner und Al-Qaida-Kämpfer zusammen.

Die meisten Beobachter bezweifeln ohnehin, dass nach all den Jahren auf einmal der Wille zu einem dauerhaften Frieden da sein soll. In seinem jüngsten Statement machte US-Präsident Donald Trump deutlich, worum es geht: Selbst wenn dem saudischen Kronprinzen eine Verstrickung in den Mord an Chaschukdschi im Konsulat in Istanbul nachgewiesen würde, bleibe Riad »unverbrüchlicher Partner« der USA, insbesondere als Verbündeter gegen den Iran und als Wirtschaftspartner. Später bedankte sich Trump bei der saudischen Regierung für die gefallenen Ölpreise, die sich auch, aber keinesfalls nur auf eine deutlich gesteigerte Förderung Saudi-Arabiens zurückführen lassen.

Riad behandelt den Jemen seit Jahrzehnten als seinen Hinterhof. Dass das bislang als »Armenhaus der arabischen Welt« geltende Land möglicherweise über einen immensen Reichtum an Ölressourcen verfügt, wird diese Haltung aller Wahrscheinlichkeit nach kaum schwächen, sondern im Gegenteil weiter verstärken. Die letzten Friedensgespräche zwischen den jemenitischen Konfliktparteien waren im September gescheitert, bevor sie überhaupt beginnen konnten: Die Delegation der Ansarollah konnte damals nicht nach Genf reisen, weil ihr von der Militärkoalition verweigert wurde, das Flugzeug selbst auszuwählen, Verletzte mitzunehmen und man ihr noch nicht einmal eine sichere Rückkehr nach Sanaa zusichern wollte.